

# Abschussplan für Gamswild

Name des Reviers: \_\_\_\_\_

Erhebungsstand .....

Amtliche Schlüsselnummer .....

Lfd. Nr. der Revierliste des Kreises .....

Nr. der Hegegemeinschaft .....

Name der Hegegemeinschaft: \_\_\_\_\_

Größe des Jagdreviers .....

Nach Abzug der

Flächen, die dem Gamswild nicht als Einstand

oder Äsungsflächen dienen.....

beträgt die spezielle Gamswildfläche.....

04		Satzart	
2	0		Jagdjahr
			Kreis/Gemeinde
101			
102	3	= Gamswild	
103		1)	2)

1)  = Hochwild-Hegegemeinschaft,  = sonstige Hegegemeinschaft  
2) Lfd. Nr. der Hegegemeinschaft (s. Verzeichnis der Hegegemeinschaften)

201					ha
202					ha
203					ha

Böcke					Geißen	Jahr- linge	Summe Böcke, Geißen u. Jahr- Sp. 05+06+07	Kitze	Summe Gamswild Sp. 08+09
Klasse I		Klasse II		insgesamt					
a	b	a	b						
01	02	03	04	05	06	07	08	09	10
301									
302									
303									
304									

## A Vorjahr – Jagdjahr 20 \_\_\_\_\_ Spalten-Nr. (01 – 10) ▶

- Bestätigter oder festgesetzter Abschuss.....
- Durchgeführter Abschuss.....
- Fallwild .....
- Gesamtabgang.....

## B Planungsjahr – Jagdjahr 20 \_\_\_\_\_

- Abschussvorschlag des Revierinhabers .....
- Abschussvorschlag des Jagdvorstands oder des Inhabers des Eigenjagdreviers .....
- Abschussempfehlung der Hegegemeinschaft bzw. ihres Vorsitzenden.....
- Bestätigter oder festgesetzter Abschuss.....

### Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe entweder Widerspruch eingelegt (siehe 1.) oder unmittelbar Klage erhoben (siehe 2.) werden.

#### 1. Wenn Widerspruch eingelegt wird:

Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei der Kreisverwaltungsbehörde – untere Jagdbehörde – einzulegen, die diesen Bescheid erlassen hat (Anschrift wie vorstehend).

Sollte über den Widerspruch ohne zureichenden Grund in angemessener Frist sachlich nicht entschieden werden, so kann Klage beim **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht\*** – Anschrift siehe unten – schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden.

Die Klage kann nicht vor Ablauf von drei Monaten seit der Einlegung des Widerspruchs erhoben werden, außer wenn wegen besonderer Umstände des Falles eine kürzere Frist geboten ist.

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Freistaat Bayern) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

#### 2. Wenn unmittelbar Klage erhoben wird:

Die Klage ist beim **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht\*** – Anschrift siehe unten – schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts zu erheben.

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Freistaat Bayern) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

#### \* Zuständiges Bayerisches Verwaltungsgericht für den Regierungsbezirk:

- Oberbayern:** Bayerisches Verwaltungsgericht München  
Bayerstraße 30, 80335 München
- Niederbayern und Oberpfalz:** Bayerisches Verwaltungsgericht Regensburg  
Haidplatz 1, 93047 Regensburg
- Oberfranken:** Bayerisches Verwaltungsgericht Bayreuth  
Friedrichstraße 16, 95444 Bayreuth

- Mittelfranken:** Bayerisches Verwaltungsgericht Ansbach  
Promenade 24 – 28, 91522 Ansbach
- Unterfranken:** Bayerisches Verwaltungsgericht Würzburg  
Burkarderstraße 26, 97082 Würzburg
- Schwaben:** Bayerisches Verwaltungsgericht Augsburg  
Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg

#### Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22.06.2007 (GVBl S. 390) wurde im Bereich jagdrechtlicher Abschussplanverfahren ein fakultatives Widerspruchsverfahren eingeführt, das eine Wahlmöglichkeit eröffnet zwischen Widerspruchseinlegung und unmittelbarer Klageerhebung.

## Hinweise zum Ausfüllen der Zeilen 301 bis 404:

Bei der Bejagung des Gamswildes sind die jagdrechtlichen Vorschriften einschließlich der Richtlinien für die Hege und Bejagung des Schalenwildes in Bayern zu beachten.

### Zu A Vorjahr:

Der Revierinhaber\* hat in Zeile 301 den bestätigten oder festgesetzten, in Zeile 302 den durchgeführten Abschuss des vorangegangenen Jagdjahres, in Zeile 303 die bis zum 31. März bekanntgewordenen Fallwildstücke mit Ausnahme des vor Beginn der Jagdzeit gefallenen, im ersten Lebensjahr stehenden Jungwildes und in Zeile 304 den Gesamtabgang einzutragen. Fallwild ist alles Wild, das durch andere Art als durch Erlegen verendet ist.

### Zu B Planungsjahr:

#### **Zeile 401 – Abschussvorschlag des Revierinhabers:**

Der Abschussvorschlag ist im Einvernehmen mit dem Jagdvorstand oder dem Inhaber des verpachteten Eigenjagdreviers aufzustellen.

#### **Zeile 402 – Abschussvorschlag des Jagdvorstandes oder des Inhabers des Eigenjagdreviers:**

Hier hat der Jagdvorstand oder der Inhaber des Eigenjagdreviers anzugeben, ob mit dem Abschussvorschlag des Revierinhabers Einvernehmen besteht. Ist dies nicht der Fall, ist der abweichende Vorschlag einzutragen; auf Seite 3 ist die Begründung einzutragen.

#### **Zeile 403 – Abschlussempfehlung der Hegegemeinschaft bzw. ihres Vorsitzenden:**

Hier ist die Abschlussempfehlung der Hegegemeinschaft oder, wenn der Revierinhaber einer solchen nicht angehört, des Vorsitzenden der Hegegemeinschaft, in deren räumlichen Wirkungsbereich das Jagdrevier liegt, einzutragen. Weicht die Abschlussempfehlung der Hegegemeinschaft bzw. ihres Vorsitzenden von dem einvernehmlich mit dem Jagdvorstand oder dem Inhaber des Eigenjagdreviers aufgestellten Abschussvorschlag ab, so ist vor der Einreichung des Abschussplanes bei der Jagdbehörde dem Jagdvorstand oder dem Inhaber des Eigenjagdreviers Gelegenheit zur Äußerung über die Abschlussempfehlung zu geben.

#### **Zeile 404 – Bestätigter oder festgesetzter Abschuss:**

Die Abschussplanung soll dazu dienen, Beeinträchtigungen einer ordnungsgemäßen land-, forst- und fischereiwirtschaftlichen Nutzung durch das Wild möglichst zu vermeiden. Neben der körperlichen Verfassung des Wildes ist der Zustand der Vegetation, insbesondere der Waldverjüngung vorrangig zu berücksichtigen. Konkretisiert wird das Waldverjüngungsziel in Art. 1 Abs. 2 Nr. 3 BayJG, wonach die Bejagung die natürliche Verjüngung der standortgemäßen Baumarten im Wesentlichen ohne Schutzmaßnahmen ermöglichen soll. Entspricht der eingereichte Abschussplan diesen Vorgaben und liegt das Einvernehmen mit dem Jagdvorstand oder dem Inhaber des Eigenjagdreviers vor, ist er von der Jagdbehörde zu bestätigen. Festzusetzen ist der eingereichte Abschussplan, wenn er die Voraussetzungen des § 21 Abs. 1 BJagdG und des Art. 32 Abs. 1 BayJG nicht erfüllt.

\* Wegen der besseren Lesbarkeit wird generell auf die Verwendung der femininen Formen verzichtet. Selbstverständlich gelten die Ausführungen im Sinne des Gender Mainstreaming ebenso für Frauen.

<input type="checkbox"/> <b>Jagdvorstand</b>	<input type="checkbox"/> <b>Inhaber des Eigenjagdreviers</b>
Name und Anschrift der Jagdgenossenschaft bzw. des Inhabers des Eigenjagdreviers	

Begründung (bei vom Abschussvorschlag des Revierinhabers abweichendem Abschussvorschlag):

---



---



---

Ort, Datum	Unterschrift des Jagdvorstehers bzw. Inhabers des Eigenjagdreviers
------------	--

**Revierinhaber**

Name und Anschrift
--------------------

Der Revierinhaber legt den Abschussplan vor

---



---

Ort, Datum	Unterschrift des Revierinhabers
------------	---------------------------------

**Landratsamt/Stadt**

Nr. \_\_\_\_\_

Unter Bestätigung

Unter Festsetzung zurückgeleitet an

Revierinhaber

Jagdgenossenschaft bzw.  
Inhaber des Eigenjagdreviers

Hegegemeinschaft

(Nur bei Festsetzung)

Begründung:

---



---



---



---



---

Die Rechtsbehelfsbelehrung ist Bestandteil dieses Abschussplanes

Ort, Datum	Landratsamt/Stadt
------------	-------------------